



WICHTIGER ALS DER STAAT
IST DIE GEMEINDE,
WICHTIGER ALS DIE GEMEINDE
IST DER MENSCH

Das Wahlprogramm der FDP Bellheim

-beschlossen auf der Mitgliederversammlung vom 21.01.2004-

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

DER FDP - BELLHEIM

Präambel

Die FDP Bellheim gibt sich anlässlich der Kommunalwahlen 2004 für die Legislaturperiode 2004/2009 das nachfolgende Programm. Es ist geprägt von dem Grundgedanken, dass der Mensch im Mittelpunkt allen politischen Denkens und Handelns stehen muß.

Der Staat, seine Verwaltung und seine Einrichtungen haben dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Demgemäß hat er sich auch in Enthaltbarkeit zu üben, was seine Macht über unser Privat-, unser Wirtschaftsleben, wie auch seine Steuerhoheit anbelangt.

An allererster Stelle steht der Mensch mit seiner Würde und seinem unbestreitbaren Wert. Der Mensch ist frei.

Ihm allein steht es zu, Gemeinsamkeiten mit, - und Unterschiede zu, anderen Menschen zu mehren oder zu verringern.

Bei aller Freiheitsliebe vergessen wir jedoch auch nicht die soziale Verantwortung unseres Denkens und Handelns. Freiheit ist nicht Anarchie, dass jeder tun und lassen kann, was er gerade will. Freiheit heißt Verantwortung.

Diesen Gedanken gerade auf kommunaler Ebene Taten folgen zu lassen, ist unser Bestreben für unser weiteres Engagement.

Denn:

„Wichtiger als der Staat ist die Gemeinde,
wichtiger als die Gemeinde ist der Mensch!“

Theodor Heuss

Bellheim, 21.01.2004

Die FDP Bellheim gibt sich vor dem Hintergrund des Programms des FDP-Kreisverbandes Germersheim und der FDP-Rheinland-Pfalz ergänzend das nachfolgende Programm:

1. Finanzen

2. Baupolitik - Allgemeines

- Grünordnung
- Gestaltungssatzung
- Hauptstr. 140 und Umgebung
- Flächennutzungsplanung
- Bebauungsplan Bellheimer-Heiner-/Gustav-Ullrich-Str.
- Sägewerk

3. Verkehrspolitik - überörtlicher Verkehr

- außerörtlicher Verkehr
- innerörtlicher Verkehr

4. Kulturpolitik - Kulturprogramm der Gemeinde

- Sondernutzungssatzung
- Sperrzeitverordnung
- Gestaltung des Kerweplatzes

5. Familien- und Jugendpolitik

- Ganztagschule
- Sprachförderung in Kindergärten

6. Wirtschaftspolitik

1. Finanzen

Bei allen künftigen Bauprojekten sollte die Gemeinde darauf achten, dass die Standards zurückgefahren werden. Die derzeitige Haushaltslage gibt für ein über dem gesetzlichen Mindestmaß erfolgenden Ausbaustandard keine Möglichkeiten her.

Die FDP hält nach wie vor an ihrer Auffassung fest, dass gerade der Grundschul-Erweiterungsbau viel kostengünstiger hätte erstellt werden können. Die FDP-Bellheim hat diesbezüglich einen Antrag eingebracht, wonach vor allem vor dem Hintergrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung der Erweiterungsbau im Wege eines sogenannten Behelfsbaus hätte durchgeführt werden können. Dadurch wäre eine Kostenersparnis in der Größenordnung von ca. 275.000,00 € möglich gewesen, ohne dass die Qualität der Bildungseinrichtung gelitten hätte.

Auch bei kleineren Ausgaben hat die FDP stets die Auffassung vertreten, dass eine Deckelung auf das Mindestmaß erfolgen muss. Es ist nicht erkennbar, warum beispielsweise für eine PC-Anschaffung für den Kinderhort ein Haushaltsrahmen in Höhe von 2.500,00 € eingeräumt werden soll. Die FDP ist nach wie vor der Auffassung, dass auch kleinere Instandhaltungsreparaturen wie z. B. die Reparatur der schon mehrfach defekt gewesenen Pumpe im "Le Perray-Brunnen", ohne dass hierdurch die Lebensqualität der Gemeinde gelitten hätte, geschoben hätte werden können.

2. Baupolitik

Für kein Lebenswerk setzt sich der Mensch mit oder ohne Familie so sehr ein, wie für sein „Traumhaus“. Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden zwingt vielezeitens zu beträchtlichem tatsächlichem und letzten Endes auch wirtschaftlichem Engagement.

Dass die „eigenen vier Wände“ auch einen beträchtlichen Teil der Altersvorsorge unserer Mitbürger ausmachen, ist ebenfalls unbestritten. Allerdings hat Deutschland trotz dieses Hintergrundes EU-weit die geringste Eigenheimquote. Eine liberale Ausgestaltung der Baupolitik ist daher auch ein entscheidender sozial- und rentenpolitischer Beitrag. Je mehr Anreize zur Eigenheimbildung geschaffen werden, desto mehr werden die staatlichen Fürsorgekassen entlastet.

Kurzum, das Eigenheim ist und bleibt eine der wesentlichen Lebensleistungen unserer Bürger. Gerade auch deswegen hat dieser an erster Stelle darüber zu entscheiden, wie sein Traumhaus beschaffen sein soll und nicht der Gemeinderat, erst recht nicht der Bauausschuss!

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Interessen der Bauherren in größtmöglichem Maße respektiert werden.

Es ist rechtlich unzulässig, dass der Gemeinderat bzw. auch der Bauausschuss im Rahmen von Genehmigungsverfahren seine ästhetischen Vorstellungen in die Bauvorhaben der Eigentümer hineinpresst. Schon mehrfach hat die Kreisverwaltung Germersheim daher, weil der Bauausschuss gegen zwingendes Gesetzesrecht verstoßen hat, Entscheidungen des Bauausschusses aufgehoben. Zu oft wird mit dem "Totschlagargument § 34 Baugesetzbuch" versucht, die Eigentums- d. h. insbesondere die Baufreiheit - wohlgermerkt in gesetzlich unzulässiger Weise - einzuschränken. Dieser unrechtmäßige Zustand wurde von der FDP noch zu keinem Zeitpunkt geduldet.

Die Baufreiheit ist Ausfluß der Eigentumsfreiheit und damit wesentlicher Bestandteil eines verfassungsmäßigen Grundrechts.

Diesem ist gerade auf kommunaler Ebene Rechnung zu tragen.

- Grünordnung:

Die FDP Bellheim ist glücklich darüber, dass es in Bellheim im Rahmen von Bebauungsplänen weitestgehend keine sog. „Grünordnungen“ gibt. In einigen Gemeinden des Kreises hingegen sieht es da schon schlechter aus. Hier wird dem Bürger sogar die Art der Bepflanzung seines Grundstücks vorgeschrieben. Wohlgermerkt geht es hier nicht um landespflegerische Anordnungen im Zusammenhang mit der Schaffung von Ausgleichsflächen und ähnlichem. Es geht hier darum, dass der Gemeinderat Satzungen erlässt, die dem Bauwilligen ausschließlich unter gestalterisch-ästhetischen Gesichtspunkten die Freiheit, sein Grundstück zu bepflanzen, wie er es will, beschneidet.

Dies wird teilweise so absurd geregelt, dass einheimische Pflanzen vom zulässigen Bepflanzungskatalog ausgenommen sind.

Derartige Regelungen sind evident freiheitsverachtend; sie wird es mit der FDP nicht geben.

- Gestaltungssatzung:

Wie zu sehen ist, stecken gerade in der kommunalen Baupolitik enorme Freiheitsvernichtungspotentiale. Z. B. existiert für den Ortskernbereich in Bellheim eine sogenannte "Gestaltungssatzung". Diese Satzung schreibt den Bauwilligen im alten Ortsbereich z. B. vor, dass Fassaden nicht aus "ortsuntypischem Naturstein" gefertigt werden dürfen, dass nur bestimmte - sogenannte gebrochene und gedeckte - Farben verwendet werden dürfen, dass Pultdächer unzulässig sind, dass eine Dacheindeckung bislang nur rotbraun bis naturrot ermöglicht wird, dass u. a. nur echte Sprossen- und Flügelfenster verwendet werden dürfen. Hoftore sind aus heimischen Hölzern oder schmiedereisen herzustellen.

Die FDP-Bellheim sieht hier beträchtliche Einschnitte in die Baufreiheit der Eigentümer und plädiert dafür, wesentliche Teile, wenn nicht sogar die gesamte Gestaltungssatzung abzuschaffen.

Die Sinnlosigkeit der Gestaltungssatzung ergibt sich vor allem vor dem Hintergrund, dass kaum ein Bauprojekt im alten Ortskern noch ohne eine Befreiung von der Gestaltungssatzung durchgeführt wurde. Wenn jedoch ständig Ausnahmegenehmigungen erteilt werden müssen, dann ist die Allgemeingültigkeit einer Norm in Frage gestellt und sie muss abgeschafft werden.

Ein großes Problem, was den Regelungsgehalt der Gestaltungssatzung angeht, hat die FDP-Bellheim auch mit den Vorschriften, die die Gewerbetreibenden betreffen.

Jeder bedauert zwar, dass sich Einzelhändler und Handwerker aus dem alten Ortsbereich zurückziehen und immer mehr Läden schließen; gleichwohl wird an einer Gestaltungssatzung festgehalten, die Gewerbetreibenden vorschreibt, wie sie ihre Schaufenster und vor allem ihre Werbeanlagen zu gestalten haben. Dies passt nach Auffassung der FDP-Bellheim nicht zusammen.

Die Abschaffung der Gestaltungssatzung wäre daher auch ein sinnvoller wirtschaftspolitischer Beitrag.

Auch unter sozialen Gesichtspunkten ist ein Festhalten an wesentlichen

Bestimmungen der Satzung nicht denkbar. Das Fordern bspw. „echter Sprossenfenster“ und „schmiedeeiserner Tore“ sprengt den Rahmen dessen, was für eine Gemeinde wie Bellheim angemessen ist. Eine solche Vorschrift mag im Villenviertel von Baden-Baden durchaus Sinn haben.

In Bellheim wollen wir sie nicht.

Weiterhin muss Beachtung finden, dass die Gestaltungssatzung der Erben-Generation allzuviel aufbürdet. Schon unter finanziellen Gesichtspunkten ist es manchen Bürgern unmöglich, den in der Gestaltungssatzung vorgegebenen Ausbaustandard zu gewährleisten. Die beträchtlichen Leerstände in der Hauptstraße und das damit verbundene „Aussterben des Innerorts“ ist daher ein Stück weit auch auf diese verfehlte Baupolitik zurückzuführen!

- Hauptstraße 140 und Umgebung:

Was die Hauptstraße 140 bzw. den dortigen Umgebungsbereich anbelangt, so ist die FDP der Auffassung, dass das Gebäude "Hauptstraße 140" als ältestes Haus in Bellheim, zunächst in öffentlicher Hand verbleiben sollte, bis nicht eine konkrete zu sympatisierende Nutzung, die auch privater Natur sein kann, an die Gemeinde herangetragen wird.

Was den Umgebungsbereich der Hauptstraße 140 anbelangt, so hat die FDP dem Bebauungsplan, der mittlerweile Grundlage der Investorenausschreibung ist, unumschränkt zugestimmt.

Wegen der Lage auf dem Grundstücksmarkt ist jedoch zu erwarten, dass hier eine Realisierung irgendwelcher Investitionsvorhaben in nächster Zukunft nicht erfolgen wird. Daher sollte darauf geachtet werden, dass das Umfeld Hauptstraße 140 - zumindest provisorisch - derart hergerichtet wird, dass es einen würdigen und ansehnlichen Ortsmittelpunkt der Gemeinde darstellt. Wenngleich auch die Abriß- und Ordnungsmaßnahmen im Bereich der Hauptstraße 140 aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar und wegen der möglichen Schaffung von zusätzlichen Parkmöglichkeiten auch erforderlich waren, so muss jedoch für die Zukunft darauf geachtet werden, dass bis zur endgültigen Realisierung des Projektes eine Gestaltung des Platzes derart erfolgt, dass sich das Gesamtbild des Ortes und der Umgebung nicht verschlechtert. Sollte sich das Investitionsprojekt nicht zeitnah realisieren lassen, kann sich die FDP z. B. vorstellen, dass eine Beparkung bis zum Gehsteig der Hauptstraße ermöglicht wird und dass die Rückseite des Bekleidungsgeschäftes ansehnlich gestaltet wird.

Die FDP erkennt jedoch nicht, dass das „Wohl und Wehe“ künftiger Planungen in der zukünftigen verkehrlichen Situation liegt. Auch insoweit hat die FDP Bellheim jedoch ein Konzept, was weiter unten dargestellt wird.

- Flächennutzungsplan:

Die FDP hält an ihrer Auffassung fest, dass einer innerörtlichen Verdichtung vor der Neuausweisung von Baugebieten im Außenbereich der Vorrang zu geben ist. Glücklicherweise ist dies mittlerweile Konsens unter allen im Rat vertretenen Parteien.

Die FDP Bellheim konkretisiert den Begriff „innerörtliche Verdichtung“ wie folgt: Fördern der Möglichkeiten, „in zweiter Reihe“ bauen zu dürfen, ohne die Möglichkeiten, „in erster Reihe“ den Bestand zu verändern, zu beschränken. Allen Bauwilligen im alten Ortskern müssen größtmögliche Entfaltungsmöglichkeiten gelassen werden.

Auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten ist es bspw. wünschenswert, der „Kindergeneration“ in der zweiten Reihe die Möglichkeit zu eröffnen, die in der „ersten Reihe“ wohnhafte „Elterngeneration“ zu versorgen und bedarfsweise zu pflegen. Dieses Ziel lässt sich jedoch nur dann effektiv verwirklichen, wenn die „Kindergeneration“ die Perspektive erhält, später den Bestand in der „ersten Reihe“ gleichsam nach ihrem Belieben umgestalten zu dürfen

- Bebauungsplan westlich der Bellemer-Heiner- und nördlich der Gustav-Ullrich-Straße:

Die FDP-Bellheim steht einer innerörtlichen Verdichtung wohlwollend gegenüber; bevor im Außenbereich weitere Bauplätze ausgewiesen werden, soll zunächst darauf geachtet werden, dass im alten Ortskern die vorhandenen Ressourcen genutzt werden.

Bei der Ausweisung künftiger Baugebiete muss insbesondere darauf geachtet werden, dass ausreichend Stellplätze zur Verfügung stehen. Im Einzelfall sollte abgewogen werden, ob nicht von dem generellen Grundsatz, dass pro Wohneinheit 1,5 Stellplätze ausgewiesen werden, nach oben abgewichen werden sollte.

Daher hat sich die FDP-Bellheim auch ausdrücklich für eine Zulässigkeit einer Bebauung nördlich der Gustav-Ullrich-Straße ausgesprochen. Bei solchen Vorhaben sollte generell darauf geachtet werden, dass sich das Bauprojekt nach Art und Maß in die Umgebungsbebauung einfügt. Gerade hinsichtlich des letztgenannten Projektes sah die FDP diese Voraussetzung als erfüllt an, weswegen die Zustimmung letztlich auch erfolgen musste.

- Sägewerk:

Unter dem Gesichtspunkt "innerörtliche Verdichtung" steht die FDP-Bellheim auch einer Vermarktung des ehemaligen "Sägewerk"-Geländes aufgeschlossen gegenüber. Zu diesem Zweck wurde bekanntlich ein Investorenwettbewerb durchgeführt; dem Ergebnis dieses Wettbewerbs soll - wenn möglich - nachgekommen werden. Allerdings verkennt die FDP nicht, dass die derzeitige Lage auf dem Grundstücksmarkt wohl ein derartiges Großprojekt nicht zulässt. Sollte sich der Vorschlag des Wettbewerbssiegers nicht realisieren lassen, vertritt die FDP die Auffassung, dass die Vermarktung des alten "Sägewerk"-Geländes zurückgestellt werden sollte bis eine Korrektur auf dem Grundstücks-/Wohnungsmarkt erkennbar ist. Ggf. sollte auch überprüft werden, ob nicht ein innerörtliches Baugebiet nach erfolgter Erschließung durch die Gemeinde ausgewiesen werden sollte.

3. Verkehrspolitik

Innerhalb des hier vorliegenden Verkehrskonzeptes hat sich die FDP Bellheim bereits im Jahre 2002 die mittel- wie auch langfristigen Ziele zur Optimierung der Verkehrssituation im über-, außer- wie auch innerörtlichen Bereich Bellheims gesetzt.

Das Konzept verpflichtet die Mitglieder der Fraktionen wie auch die Mitglieder der Parteiorgane der FDP zur Lösung der mit dem zunehmenden Verkehr einhergehenden Probleme und Gefahren wie aber auch zur Wahrnehmung der Chancen, die sich durch eine Umstrukturierung und Neuplanung bisheriger Verkehrsmittel und der zugrundeliegenden Verkehrsführungen ergeben.

Die individuelle Mobilität vor dem Hintergrund der Verantwortung vor Ökologie und Ökonomie, unter einer gerechten Abwägung der Freiheitsrechte sowohl der Nutzer wie auch der Anlieger begreift die FDP als hochrangiges Freiheitsthema und damit als einen ihrer als politische Kernkompetenz zugewiesenen Gestaltungsbereich.

- Überörtlicher Verkehr

Die Bellheimer FDP versteht es als selbstverständlich, dass eine aufstrebende wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung innerhalb der Gemeinde Bellheim wesentlich davon abhängt, wie einfach Bellheim erreicht bzw. aus Bellheim in die überörtlichen Verkehrsnetze abgefahren werden kann.

Dies gilt sowohl für die Belange der Erholung und persönlichen Erhebung, für die Belange des Konsums und der Nachfrage wie auch für die Anliegen der Gewerbetreibenden mit zumeist überörtlicher geschäftlicher Orientierung.

Die FDP setzt sich für den weiteren Ausbau des Fahrradwegenetzes im äußeren Bereich von Bellheim ein. Das Radnetz im Kreis Germersheim kann in dieser Hinsicht verbessert werden durch einen Ausbau der Radwege zur Gemeinde Rülzheim (z.B.: Hallenbad) und zur Gemeinde Hördt (z.B.: Rheinauen).

Auch innerhalb der VG Bellheim können besondere Punkte hervorgehoben und diesbezüglich Rundkurse mit Rastmöglichkeiten ausgeschildert werden (Touristiknetz).

Unter Umständen müssen zum Ausbau des Fahrradwegenetzes gar keine Baumassnahmen vorgenommen werden und es reicht aus, vorhandene Wirtschaftswege umzuwidmen bzw. entsprechend zu beschildern.

Neben dem Ausbau des Fahrradwegs nach Hördt, der vorrangig betrieben werden soll, setzt sich die FDP auch dafür ein, dass ein unter Sicherheits Gesichtspunkten

vertretbarer Fahrradweg nach Germersheim gebaut wird.

Die FDP sieht hier durchaus Chancen auch für die wirtschaftliche Entwicklung, bieten doch zum jetzigen Zeitpunkt schon Gastronomen in der Verbandsgemeinde bspw. Fahrradtouren mit "Rückholservice" an.

Vom "Fahrradverleih" über die Effekte für die Gastronomie bis hin zu Anreizen für die Landwirtschaft durch einen Ausbau des Direktverkaufs von landwirtschaftlichen Produkten wie dies gerade in den sog. "Weindörfern" gang und gäbe ist, reichen die denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten.

Auch die Stadtbahnanbindung Bellheims nach Süden in den Karlsruher bzw. nach Norden in den Rhein-Neckar-Raum sollte zügig vorangetrieben werden.

Die FDP Bellheim bevorzugt damit in Kenntnis aller derzeit regionalpolitisch diskutierten Varianten ausdrücklich den vorrangigen Ausbau der Linie Speyer-Germersheim-Bellheim-Wörth-Karlsruhe.

Im Hinblick auf den Ausbau des Stadtbahnnetzes ist daher die Elektrifizierung der zugehörigen Trasse wie auch der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur

innerhalb Bellheims anzugehen. Die FDP Bellheim unterstützt nach wie vor jede politische Initiative, die die Verwirklichung dieses Zieles zu fördern imstande ist.

Es entspricht der liberalen Verkehrspolitik auf Landes- wie auch auf regionaler Ebene durch die Stärkung der Schiene eine Entlastung der Straße herbeizuführen.

Der tägliche Pendelverkehr in die nördlichen und südlichen Ballungsräume führt zu einem täglichen Kollaps an den Verkehrsknotenpunkten (z.B.: Rheinbrücke bei Wörth). Dieser ist volkswirtschaftlich nicht tragbar. Eine Volkswirtschaft, die im Stau steht, kann nicht produktiv sein.

Bis zur Fertigstellung der zweiten Rheinbrücke erwartet uns eine erhebliche Mehrbelastung. Durch eine zügige Umsetzung des Stadtbahnausbaus kann diese wenigstens ansatzweise abgedeutet werden.

Gerade für jüngere und ältere Menschen, die die Möglichkeit noch nicht oder nicht mehr haben, mit dem Auto zu fahren, gibt der Ausbau zusätzliche Freiheitsräume.

Arbeits-/Ausbildungsplatzsuchende unter 18 Jahren erhielten bspw. größere Möglichkeiten bei der Auswahl Ihrer Beschäftigungsstellen. Für jung und alt ergeben sich zusätzliche Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, da den Bellheimer Bürgern bei einem Anschluss Bellheims an das Stadtbahnnetz auf einfachste Weise sowohl der Rhein-Neckar-Raum wie auch der Süden bis sogar ins Stuttgarter S-Bahn-Netz erschlossen wäre.

Auch das überörtliche Straßennetz muss ausgebaut werden. Den schon vor einigen Jahren erfolgten vierstreifigen Ausbau der B9 begreift die Bellheimer FDP als eine Wohltat für die Region.

Durch den Lückenschluss der A 65 mit der französischen A 35 am Wörther Kreuz durch eine der sog. "Hagenbach-Varianten" könnte die B9 eine direkte Anbindung an das europäische Fernstraßennetz erfahren.

Unabhängig von den vielen globalen umwelt- und verkehrspolitischen Aspekten, die für diese östliche Anbindung der A 35 (Frankreich) sprechen, hat bei dieser Variante Bellheim den größten Vorteil.

Die Bellheimer FDP befürwortet daher ausdrücklich diese Trassenführung.

- Außerörtlicher Verkehr

Im Bereich des außerörtlichen Verkehrs sind der Bau der Westspange und der Bau der Südumgehung in gleichem Maße voranzutreiben.

Die geplante Südumgehung ist mit ihrer Entlastungswirkung von 35 - 40% und den Baukosten von annähernd 10 Mio. Euro gemessen am Maßstab sonstiger Umgehungsbauvorhaben unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherlich nicht optimal.

Es gibt jedoch abgesehen von der Null-Variante (keine Umgehung), keine Alternative zu der nunmehr von der Planfeststellungsbehörde favorisierten Südumgehung.

Der Planfeststellung einer zu früheren Zeiten schon einmal angedachten Nordumgehung müßte ein neuer raumordnerischer Entscheid vorausgehen. Abgesehen von der beträchtlichen zeitlichen Dimension, die dieser Schritt mit sich brächte, wäre ein positiver - d.h. sich für die Nordvariante aussprechender - Bescheid unwahrscheinlich, da in der Zwischenzeit im Norden Bellheims ein europäisches Naturschutzgebiet (sog. FFH-Gebiet) und ein Vogelschutzgebiet von europäischem Rang ausgewiesen worden sind. Zur zeitlichen Dimension ist zu sagen, dass die Durchführung eines raumordnerischen Verfahrens mehrere

Jahre in Anspruch nähme. Diese Zeit wäre dem Zeitbedarf eines Planfeststellungsverfahrens noch hinzuzurechnen (Planfeststellungsverfahren: 8-12 Jahre).

Ein erneutes Raumordnungsverfahren, das die Nordumgehung zum Gegenstand haben soll, wird von der FDP abgelehnt.

Die FDP ist seit 1999 im Bellheimer Gemeinderat vertreten. Erst seit diesem Zeitpunkt konnte sie daher Einfluss auf die Verkehrspolitik nehmen. Die Frage, ob eine

Nordumgehung unter Umständen günstiger für Bellheims Verkehrssituation gewesen wäre, muss sich daher die FDP nicht stellen. Hier handelt es sich - wenn überhaupt - um historische Versäumnisse anderer.

Die FDP erkennt, dass infolge eines Umgehungsbaus eine doch beträchtliche Entlastungswirkung für den Innerort erzielt wird. Immerhin wird der überwiegende Teil des Schwerlastverkehrs aus Bellheim ausgelagert und, die Hauptstr. wird von der Eigenschaft einer Landesstraße in eine Ortstraße umgewidmet werden.

Allein hierin sieht die FDP Bellheim schon beträchtliche Gestaltungsmöglichkeiten für das Erscheinungsbild des Ortszentrums.

Die FDP Bellheim hat großes Verständnis für die Bedenken der Bewohner des Südens von Bellheim, die Südumgehung führe zu Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität. Deswegen wird sie sich dafür einsetzen, dass die Südumgehung nur im Rahmen der geltenden Lärm- und Immissionsschutzvorschriften entsteht. Bei ihrer Entscheidung sieht die FDP jedoch auch die gegebene Lebensqualität der Menschen, die im alten und verkehrsüberbelasteten Ortskern leben. Auch deren Belange müssen nämlich in die Entscheidung für oder gegen eine Umgehung mit einfließen.

Sie hat ebenfalls großes Verständnis für die Landwirte, die in der Summe einen Landverlust von 6-8 ha zu ertragen haben.

Die Beeinträchtigungen der Landwirtschaft werden jedoch als zumutbar erachtet. Übermäßig langen Anfahrtswegen zu den zu bewirtschaftenden Flächen wurde bereits in der Planvorbereitungsphase durch zusätzliche Querungsmöglichkeiten (Brückenbauwerke) abgeholfen.

Ferner wird der Flächenverlust mit einer angemessenen Entschädigung abgegolten.

Letzten Endes geht die FDP davon aus, dass der Flächenbedarf der örtlichen Landwirtschaft auch in Zukunft von den Angeboten des Grundstücksmarktes gedeckt werden wird.

Eine Abwägung aller Interessen führt damit für die Bellheimer FDP zu dem Ergebnis, dass der Bau der Südumgehung für alle Bellheimer Bürger eine Chance ist.

Diese Chance gilt es wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage, ob und wann eine Südumgehung kommt, spricht sich die FDP für den Bau einer westlichen Ortsumfahrung (sog. "Westspange") aus.

Auf eine Trasse für die Westspange legt sich die Bellheimer FDP noch nicht fest, da zuvor die grundsätzliche Umweltverträglichkeit geprüft werden muss.

Wenn die entsprechenden Fakten vorliegen, wird die FDP für jede der angebotenen Trassen jeweils sorgfältig prüfen, ob der Entlastungseffekt der Straße die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Natur, der Erholungseinrichtungen und der betroffenen Wohngebiete aufwiegt.

Im Bezug auf eine nördliche Ortsrandstraße vertritt die FDP folgende Auffassung:

Die FDP war im Jahre 1999 gegen eine nördliche Bauflächenausweisung im Rahmen der Flächennutzungsplanung der Verbandsgemeinde. Diese Haltung hat sie deswegen vertreten, weil sie erkannt hat, dass zunächst Wohn- und Bauangebote im alten Ortsbereich gemacht werden müssen (s.o. „innerörtliche Verdichtung“).

In der Tat können nach verwaltungsinternen Erhebungen im alten Ortsbereich 458 neue Wohneinheiten geschaffen werden, die eine Wohngelegenheit für an die 1000 Menschen bietet.

Voraussetzung dafür, dass diese Möglichkeiten von den Grundstückseigentümern wahrgenommen werden, ist nach der Auffassung der FDP zuerst der Abbau von baurechtlichen Schikanen (z.B.: übertriebene Gestaltungssatzung) und die Eröffnung von Möglichkeiten zu einer Bebauung in zweiter Reihe durch eine geschickte Bauleitplanung.

Auch die Projekte "Spiegelbachpassage" (neue VR-Bank), Reaktivierung alter Ortskern - Hauptstr. 140, "Neues Wohnen im Ortskern" (altes Sägewerk) hat die FDP Bellheim unter diesem Gesichtspunkt uneingeschränkt unterstützt und vorangetrieben. Ebenso wird sich die FDP Bellheim verhalten, wenn weitere Projekte dieser Art - vor

allem von privater Seite - geplant werden.

Sollte nach Nutzung dieser Kapazitäten im Ortskern, die diesen im übrigen wieder beleben und attraktiv machen würden, - (vor allem im Hinblick auf eine von der FDP schon lange geforderten Neubepflanzung im Zuge des zu erwartenden Umgehungsbaus) - zusätzlich eine Nordausweisung von Bauflächen notwendig werden, so tritt die FDP Bellheim selbstverständlich auch für den Bau einer nördlichen Ortstrandstraße ein, die bestenfalls auf den Nahbereich der Westspange anschließen sollte.

- Innerörtlicher Verkehr

Für den Innerortbereich wünscht sich die FDP Bellheim eine Aufbruchsbewegung, die von allen Bürgern mitgetragen und mitgestaltet werden sollte.

Hierfür bietet sich insbesondere die Plattform des Standortmarketings an. Die sich derzeit für die Bevölkerung im Innenort ergebenden Belastungen sind unerträglich und

deren Beseitigung bedarf eines gebündelten Massnahmepaketes.

- Hauptstraße/alter Ortskern

Hier hat die FDP schon seit mehreren Monaten beantragt, bereits jetzt schon einen Fachplaner damit zu beauftragen, die Hauptstraße bzw. den alten Ortsbereich (Zeiskamer Str., Rülzheimer Str. ua.) vor dem Hintergrund neu zu beplanen, dass mittelfristig die Hauptstraße eine Ortsstraße wird.

Hierbei sind an erster Stelle Vorschläge aus der Mitte der Anwohner und aus dem Standortmarketing zu berücksichtigen.

Der Bau bzw. die Planung der Umgehung muss zwingend mit der innerörtlichen Planung abgestimmt werden, damit hier optimale Ergebnisse erzielt werden.

Die FDP Bellheim bestärkt ihre Mitglieder in den zuständigen Gremien, an

diesem Antrag stets weiter festzuhalten.

Schließlich würde eine gemeinsame Vision von dem künftigen Erscheinungsbild des Innenorts auch die Ressentiments vieler Bürger gegen die außerörtliche Verkehrsplanung nehmen und ein positives psychologisches Signal in diese Richtung senden.

- Einbahnstraßenregelungen

Die FDP Bellheim unterstützt die bereits vom Standortmarketing in die zuständigen Gremien eingeführten Anregungen, die Verkehrsführung im Zuge von Einbahn-Regelungen bzw. Ringlösungen vorzunehmen. Hier besteht allerdings noch vorbereitender Prüfungsbedarf.

Ohne Vorbehalte unterstützt die FDP jedoch die Einbahnstraßen-/Ringlösung im Bereich der Blumenstraße/Lindenstraße.

- Postgrabenstraße

Die FDP vertritt nach wie vor die Auffassung, dass die Möglichkeit des Rückbaus der Pflanzbeete in der Postgrabenstraße weiter geprüft werden muss. Natürlich darf ein eventueller Rückbau nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Anwohner durch eine nochmalige Beitragserhebung führen.

Durch einen Rückbau entstünde unter Umständen ein Rückerstattungsanspruch zugunsten der Anwohner. Einem neuerlichen Beitragserhebungsanspruch der Gemeinde könnte dieser im Wege der Aufrechnung entgegengehalten werden.

Die FDP hält daher auch diesen von ihr bereits vorgebrachten Antrag aufrecht, zu überprüfen, inwieweit ein beitragsneutraler Rückbau der Postgrabenstraße nicht neue Möglichkeiten bspw. für den Bau eines zwingend notwendigen Radweges beinhaltet.

- Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vor allem die gewerblichen Entwicklungspotentiale im alten Ortskern können nur durch eine ausreichende Bereitstellung von Stellplätzen voll ausgeschöpft werden.

Die FDP Bellheim unterstützt daher die Fortführung des Parkraumbewirtschaftungskonzepts dergestalt, dass im hinteren Bereich der Hauptstraße zentrierte Stellplatzmöglichkeiten geschaffen werden, die die durch ein einseitiges Zonenparkverbot wegfallenden Parkmöglichkeiten auf den zentralen Ortstraßen ausgleichen.

Die "Parkboxen-Regelung" ist für die FDP-Bellheim allerdings unbefriedigend. Hier sollte auf die alte Lösung, nämlich die Ausweisung der Stellplätze durch einfache Parkstriche, zurückgegriffen werden. Die FDP erkennt die Notwendigkeit einer mitunter einseitigen Parkregelung an, sofern dies der Sicherheit der Fußgänger und des fließenden Verkehrs dienlich ist. Die bisweilen in der Hauptstraße eingezeichneten Parkboxen reichen jedoch in den wenigsten Fällen aus, um 2 durchschnittlich lange Fahrzeuge hintereinander parken zu können, ohne die vordere oder hintere Begrenzung der Parkbox zu überschreiten.

Kurzum, die Dimension der jeweiligen Parkboxen stimmt nicht mit der Größe der hierzulande gefahrenen Fahrzeuge ein; die FDP ist der Auffassung, dass allein schon deswegen eine beträchtliche Zahl von Stellplätzen und Parkmöglichkeiten wegfällt, da die Abmessungen der Parkboxen nicht mit den Abmessungen der Fahrzeuge übereinstimmt.

- Verkehrsleit-/Beschilderungssystem

Die FDP unterstützt weiterhin die aus der Mitte des Standortmarketings hervorgebrachte Idee, in Bellheim ein zentrales Verkehrsleitsystem einzuführen, wo auf die kulturellen, behördlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Angebote durch verschiedenfarbige Hinweistafeln mit Wiedererkennungscharakter hingewiesen und zielsicher zu diesen hingeführt wird.

- Ortseingänge

Die Ortseingänge geben als Portal dem Besucher Bellheims einen ersten und damit den zunächst gewichtigsten Eindruck. Die FDP unterstützt mit Nachdruck die von Seiten der "Gemeinschaft Bellheimer Vereine (GBV) e.V." und dem Standortmarketing eingebrachten Anregungen zur Neugestaltung der Ortseingänge.

- Busbahnhof in Schulnähe

Die FDP-Bellheim hält nach wie vor an ihrem seinerzeit gestellten Antrag fest, dass ein Busbahnhof in Schulnähe die optimale Lösung der mit dem Schülerverkehr einhergehenden Verkehrsprobleme darstellt. Seinerzeit wurde ein Antrag im Gemeinderat des Inhalts gestellt, fachplanerisch überprüfen zu lassen, inwieweit es möglich ist, im Nahbereich der Schulen einen zentralen Busbahnhof zu errichten.

Bedauerlicherweise wurde dieser Antrag vom Gemeinderat mit einem Ergebnis von "23:1" abgelehnt. D. h., der Gemeinderat wollte sich noch nicht einmal mit dem Überprüfungsbegehren, das die FDP vorbrachte, befassen. Es wäre ja keine endgültige Entscheidung damit einhergegangen. Selbstverständlich wird die FDP auch in der neuen Legislaturperiode ihr Ziel insoweit weiter verfolgen. Vorstellbar wäre auch, dass vom Bahnhof bzw. den für die Stadtbahn geplanten weiteren Haltepunkt "Am Mühlbuckel" eine Geh- bzw. Radwegverbindung zum Busbahnhof hergestellt wird. Eine kurze fußläufige Verbindung wäre z. B. über die sich hinter der Fortmühle befindlichen Wiesen denkbar.

Vor Schulbeginn bzw. zum Schulende entwickelt sich in den Zufahrtsstraßen zu unseren Schulen (Schulstraße, Schubertstraße..) in erster Linie durch die Schulbusse ein regelrechtes Verkehrschaos. Erschwert wird die Situation noch durch einen enormen Pkw-Verkehr der Eltern, die ihre Kinder in die Schulen bzw. in den kath.

Gemeindekindergarten bringen oder von dort abholen.

Die Grenzen diesbezüglicher Belastbarkeit sind auch für die Anwohner in den betreffenden Straßen längst überschritten.

Auch die Risikosituation für unsere Kinder darf nicht unbeachtet bleiben.

Mittlerweile hat sich aufgrund des hohen Busaufkommens gezeigt, dass die

ursprüngliche Bushaltestelle in der Schubertstraße bei weitem nicht mehr ausreicht und zusätzliche Haltestellen in der Schulstraße geschaffen werden mussten.

Eine wesentliche Entlastung wäre hier bspw. dadurch zu erreichen, dass auf einer im näheren Schulbereich belegenen Freifläche der Busbahnhof errichtet werden würde. Die Schüler könnten von dort die Schulen über bestehende Wege (bspw. Park) erreichen.

Die Verwaltung soll hier weitere Ermittlungen und Erkundungen betreiben.

- Ampel

Die Ampel in der Ortsmitte stellt sicherlich eine unbefriedigende Lösung dar; gleichwohl verkennt die FDP-Bellheim nicht das grundsätzliche Bedürfnis - vor allem älterer Menschen und Kinder - die Hauptstraße gefahrlos überqueren zu können. Sicherlich wären hier einfache Fußgängerampeln, gerade im Bereich des „Bauchwarzwegs“ (Debeswiesenweges) und in Höhe des katholischen Jugendheimes, zu bevorzugen gewesen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass dort schon Verkehrsinseln stehen.

Hier hat jedoch das zuständige Straßenverkehrsamt die Genehmigung zur Errichtung derartiger Ampeln versagt, so dass mit der schlechteren Lösung, nämlich der bestehenden Ampel, zunächst gelebt werden muss.

Dennoch setzt sich die FDP dafür ein, dass die Ampel so schnell wie möglich durch eine Fußgängerampel ersetzt wird. Eine derartige Lösung wird in der Beibehaltung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsbeteiligten auch einen geregelteren Verkehrsfluss ermöglichen.

Im Übrigen ist zu prüfen, ob diesen Erfordernissen nicht auch durch einen Kreiselparkplatz Rechnung getragen werden kann.

4. Kulturpolitik

- Kulturprogramm der Gemeinde:

Die FDP begrüßt die positive Entwicklung der Gemeinde in kultureller Hinsicht. Hervorzuheben von Verwaltungsseite ist hier insbesondere der hierfür eingesetzte und verantwortliche erste Ortsbeigeordnete. Aber auch von Seiten der Vereinslandschaft dankt die FDP dem Engagement der neugründeten "Gemeinschaft Bellheimer Vereine eV (GBV)", welche die Kultur- und Vereinslandschaft der Gemeinde belebte. Aber auch der Zuspruch der Bevölkerung, was die Einzelaktivitäten der Bellheimer Vereine anbelangt, veranlasst die FDP zu großem Dank an die Beteiligten und Verantwortlichen. Dieser Dank gilt ausdrücklich für alle Bellheimer Vereine gleich welcher Sparten sie auch angehören, d. h. insbesondere Sport-, Kultur-, Karnevals- und Partnerschaftsvereinen. Auch den Aktivisten der Volkshochschule wie auch den Bürgern, die sich um den Betrieb der überregional auf Interesse gestossenen Sternwarte kümmern, gebührt größter Dank.

Sämtliche in Bellheim ansässigen Vereine erfüllen wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben und können daher auf die Unterstützung der FDP auch in der Zukunft vertrauen.

- Sondernutzungsgebühren?:

Als aktive Unterstützung für die Bellheimer Kultur- und Vereinslandschaft sieht die FDP auch ihrer Haltung gegen die von überwiegenden Teilen des Rates und der Verwaltung geforderte sogenannte "Sondernutzungssatzung" an. Im Rahmen dieser Satzung soll z. B. das Plakatieren von Veranstaltungen, der Aufbau von Informationsständen, die Aufstellung von Großplakaten und weiteres nur noch gegen - nicht unerhebliche - Gebühren möglich sein. Derartige Vorhaben können die Zustimmung der FDP nicht finden.

Es stellt einen direkten Eingriff in das Kultur- und im Übrigen auch Wirtschaftsleben dar, wenn hier eine zusätzliche Abgabenbelastung für die Bürger entsteht. Auch insoweit können die Bellheimer Vereine künftig hin auf die FDP vertrauen.

- Sperrzeitverordnung:

Als einen weiteren Beitrag zur einer lebendigen Kulturpolitik sieht die FDP ihre bereits im Jahr 1999 getätigte Initiative zur Aushöhlung der seinerzeit noch gültigen Sperrzeitverordnung an. Seinerzeit wurde von Seiten der FDP beantragt, für bestimmte Anlässe eine Ausnahme nach der damals noch gültigen "Sperrzeitverordnung" zuzulassen. Die FDP wurde in diesem Zusammenhang "23:1" überstimmt.

Hier wurden bewusst Ängste der Bürger geschürt, was die zusätzliche Lärmbelastung anbelangt. Ein gutes halbes Jahr später hat jedoch der Landtag Rheinland-Pfalz die Sperrzeitverordnung komplett abgeschafft. Wie man im Nachhinein erkennen kann, war die Position der FDP seinerzeit richtig. Wer ehrlich ist, muss einräumen, dass sich die Lebensqualität in Bellheim auch nach Abschaffung der Sperrzeitverordnung und damit - nach Einräumung von mehr Freiheit, was die Öffnungszeiten von Gaststätten anbelangt - nicht beeinträchtigt wurde.

- Gestaltung des Kerweplatzes:

Nachdem die "Gemeinschaft Bellheimer Vereine eV (GBV)" es geschafft hat, die schon totgesagte Bellheimer Kerwe bzw. den Maimarkt neu zu beleben und dem Treiben neue Attraktivität zu verleihen, ist es notwendig, dass auch die Gemeinde, was die räumlichen, gestalterischen und infrastrukturellen Voraussetzungen anbelangt, nachlegt. Demzufolge unterstützt die FDP-Bellheim sämtliche Bestrebungen, der "Lokalität Kerweplatz" neue Attraktivität zu verleihen. Herauszuheben in diesem Zusammenhang ist sicherlich der Vorschlag der "Gemeinschaft Bellheimer Vereine eV. (GBV)", der neben der Schaffung der erforderlichen Infrastruktur auch noch die Erstellung eines attraktiven Ortes der Begegnung beinhaltet.

Was die finanziellen Voraussetzungen anbelangt, so sind hier alle Anstrengungen - gemessen an dem Anspruch der Gemeinde an sich selbst - zu unternehmen, um das Projekt endlich zu realisieren. Selbst bei der angespannten Haushaltslage muss die Gemeinde hier Investitionen tätigen, um im Wettbewerb der Gemeinden in der Region wieder zumindest ein Stück aufzuschließen.

5. Familien- und Jugendpolitik

- Ganztagsschule:

Für die FDP-Bellheim sind, was die Einführung von Ganztagsschulen anbelangt, 2 Dinge maßgeblich:

Es muss zwingend an dem (Verfassungs-)Prinzip, dass die Erziehung zuvörderst Aufgabe der Eltern ist, festgehalten werden.

Gleichwohl muss

der gesellschaftspolitischen Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung getragen werden. Daraus ergibt sich für die FDP die Position,

2) dass die Ganztagsschule als zusätzliches / freiwilliges (!) Angebot, welches auch künftig gewährt werden soll, eingeführt wird.

Unter diesem Gesichtspunkt hält es die FDP-Bellheim auch für begrüßenswert, wenn sich das "Prinzip Ganztagsschule" schul- wie auch ortsübergreifend etabliert und stetig zunehmende Akzeptanz findet. Im "Modell Ganztagsschule" sieht die FDP auch einen Weg, den Bildungsstandard im internationalen Vergleich (Stichwort: Pisa-Studie) zu erhöhen.

Daher wird die FDP-Bellheim auch nach wie vor Bestrebungen der Verwaltung zur Einführung der freiwilligen Ganztagsschule unterstützen.

- Sprachförderung in Kindergärten / Schulen:

Die FDP-Bellheim hat eine Initiative in den Ortsgemeinderat eingebracht, wonach das Fremdsprachenangebot in den Kindergärten verbessert werden sollte. Allerdings besteht die Problematik, dass der Sprachunterricht in der Grundschule - vor allem in den ersten beiden Klassen - nicht fortgeführt wird. Ergebnis ist, dass die im Kindergarten erworbenen Kenntnisse in der Grundschule, weil diese nicht weiter unterstützt werden, zumeist verloren gehen.

Die FDP setzt sich daher - vor allem weil die Ortsgemeinde Träger sowohl der Grundschule wie auch einiger Kindergärten ist - dafür ein, dass ein pädagogisch sinnvolles Fremdsprachenangebot für unsere Kindergarten- und Schulkinder gewährleistet wird. Dies setzt allerdings voraus, dass vor allem die Grundschule insoweit mitspielt.

Notfalls sollte in Erwägung gezogen werden, das Fremdsprachenangebot in Kindergärten auf freiwilliger Basis, d.h. gebührenfinanziert, vorzuhalten. Die Gebühren müssten in diesem Fall selbstverständlich unter sozialen Gesichtspunkten, d.h. je nach finanzieller Leistungsfähigkeit gestaffelt werden.

Im gleichen Maße wie die Fremdsprachenkenntnisse durch die Bereitstellung entsprechender Angebote zu vertiefen sind, ist auch die Fähigkeit unserer Kinder, ihre Muttersprache zu lernen, zu forcieren. Die FDP unterstützt daher auch das sogenannte "Würzburger Programm", das sich mit der generellen Fähigkeit unserer Kinder, überhaupt Sprache zu erlernen und zu begreifen, befasst.

- Spielplatzangebot:

Die Neubaugebiete sind in angemessener Weise mit Spiel- und Verweilmöglichkeiten für Kinder ausgestattet. Die FDP erkennt gleichwohl ein Defizit, was den alten Ortskern, insbesondere den Nahbereich der Hauptstraße angeht. Daher hält die FDP-Bellheim auch an ihrem bereits im Rat vorgebrachten Anliegen fest, dass auch im Bereich des alten Ortskerns ausreichende Spiel- und Verweilmöglichkeiten für Kinder - insbesondere Spiel- und Bolzplätze - geschaffen werden müssen.

Die FDP-Bellheim spricht sich dafür aus, dass die Mittel zur Errichtung und Neugestaltung von Spielplätzen im Bereich des gesamten Ortsgebietes gleichmäßig verteilt werden.

- Jugendparlament / Jugendbeteiligung:

Die FDP hat in der vergangenen Legislaturperiode einige Initiativen zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung im gesellschaftlichen wie auch politischen Leben unserer Gemeinde eingebracht. Die FDP unterstützt nach wie vor das Engagement von Kindern und Jugendlichen im Jugendparlament.

6. Wirtschaftspolitik

Die soziale Marktwirtschaft lebt von der freien Entfaltung der unternehmerischen Kräfte. Daher kann aktive und wirkungsvolle Wirtschaftspolitik am besten dadurch gewährleistet werden, dass man dem Unternehmer größtmögliche Gestaltungsspielräume lässt.

Insoweit sind die oben aufgeführten Positionen der FDP zur Vereinfachung der örtlichen Gesetze zugleich auch ein wichtiger Beitrag zu einer effektiven Wirtschaftsförderung.

Jedoch nicht nur der Rat hat sich insoweit zurückzunehmen. Auch muss die Verwaltung dafür sorgen, dass Genehmigungsverfahren und sonstige behördliche Auflagen so gering wie möglich gehalten und auf das Notwendige, d. h. auf ein Minimum, beschränkt werden.

- DSL-Ausbau

Die FDP hat vor zwei Jahren im Bellheimer Gemeinderat den Antrag gestellt, dass sich die Gemeinde bei der Deutschen Telekom für den Ausbau der DSL-Technologie starkmachen soll. Mittlerweile hat sich aus der Mitte der Bellheimer Bürger auch eine Bürgerinitiative zu diesem Thema gebildet.

Die FDP hält an ihrer Auffassung fest, dass die Vernetzung Bellheims mit der DSL-Technologie für die Gewerbetreibenden in Bellheim einen immensen Fortschritt bedeuten würde.

Auf politischer Ebene soll die Gemeinde hier weiter in Verhandlungen mit der

Deutschen Telekom bleiben, um den Ausbau des DSL-Netzes in Bellheim so schnell wie möglich zu realisieren.

- Handwerkerhof:

Die FDP Bellheim würde es begrüßen, wenn sich in Zukunft nochmals eine Initiative in Richtung „Handwerkerhof“ ergäbe. Ein sog. „Handwerkerhof“ ist eine Zusammenführung verschiedener Gewerbe unter einem Dach, wo sich vor allem kleinere Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe ansiedeln können, um durch die gemeinsame Vorhaltung beispielsweise von Büros Verwaltungskosten zu minimieren. Das Angebot dient vorwiegend kleineren Betrieben und stellt damit einen effektiven Beitrag zur Existenzgründungsförderung dar.

Die Gemeinde hat sich an einer entsprechenden Initiative angemessen zu beteiligen.

- Supermärkte auf der „grünen Wiese“:

Dass sich aus dem innerörtlichen Bereich immer mehr Geschäfte und Gewerbetreibende zurückziehen ist einerseits auf veränderte Einkaufsgewohnheiten der Bürger und Verbraucher zurückzuführen, allerdings auch auf die politischen Rahmenbedingungen. Ebenso unbestritten, wie der Umstand, dass zahlreiche Bellheimer Bürger offenkundig bei größeren Einzelhandelsketten einzukaufen beabsichtigen, ist der Umstand, dass in Bellheim die letzten Jahre, was die Ansiedlung derartiger Märkte und die Befriedigung derartiger Bedürfnisse anbelangt, falsche Weichen gestellt wurden. Die FDP verweist insoweit nochmals ausdrücklich auf ihre Haltung zu den vom Rat beschlossenen bauordnungsrechtlichen Auflagen.

Die FDP will sich den Bedürfnissen der Bürger nicht verschließen, hört hingegen jedoch nicht auf, sich dafür einzusetzen, dass auch im Innerort Einkaufsangebote - vor allem für unsere ältere Bevölkerung - geboten werden.

[\[Home\]](#) [\[Unsere Liste\]](#)